

VBE Baden-Württemberg Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart Gerhard Brand, Landesvorsitzender

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Stanat, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier eine Stellungnahme für den VBE Baden-Württemberg abgeben zu dürfen und ich bedanke mich auch bei Ihnen, Prof. Dr. Stanat, dafür, dass Sie uns diese Studie nochmals vorgestellt haben.

Ich möchte Ihnen gleich zu Beginn sagen, dass die Studie, als Sie, Frau Prof. Dr. Stanat, sie im letzten Jahr vorgestellt haben, den VBE Baden-Württemberg nicht überrascht hat. Und das, obwohl die Studie ein – ja man muss es so sagen – desolates Ergebnis für Baden-Württemberg zeichnet. Und das auch, obwohl wir uns 2009 noch mit Bayern auf dem Gipfel der deutschen Bildungspolitik befanden – wenn ich das in dieser Metapher ausdrücken darf.

Nun aber wären wir froh, den Gipfel überhaupt sehen zu können. Die Frage, warum Baden-Württemberg so tief gestürzt ist, schließt sich hier logisch konsequent unmittelbar an – und diese Frage hat sich auch der VBE gestellt. In der öffentlichen Diskussion wurden in der folgenden Debatte viele Punkte aufgeworfen. Es wurden Ursachen in der Studie selbst gesucht, oder man hat sich diese Mühe nicht gemacht und einfach mal ein paar Ursachen in die Diskussion eingeworfen, ohne die IQB-Studie näher zu berücksichtigen.

Ich erinnere mich auch noch an einige Fragen, die in der Diskussion rund um die Studie aufgeworfen wurden. Ist die Lehrerausbildung in Baden-Württemberg mangelhaft? Sind die Gemeinschaftsschulen schuld an der Misere? Ist der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung ein Auslöser für die "Bildungskrise"? Unterrichten zu viele Lehrkräfte fachfremd?

Einige dieser Fragen haben durchaus ihre Berechtigung, andere nicht.

Gemeinschaftsschulen wurden beispielsweise gar nicht untersucht, da diese erst zur getesteten Klassenstufe, der Stufe 9 aufwachsen mussten. Während sich in der Lehrerausbildung sicherlich das eine oder andere noch optimieren lässt, hat andererseits der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlungen nichts damit zu tun. Die getesteten Schülerinnen und Schüler unterlagen ja alle noch der verbindlichen Grundschulempfehlung.



Und wie das bei öffentlichen Diskussionen aber auch der Fall ist, wird nicht nur nach Ursachen gesucht, es wird auch nach Schuldigen gesucht. Beim Thema Schule kommt man auf der Suche nach Schuldigen dann immer schnell zu den Lehrerinnen und Lehrern. Diese unterrichten ja unsere Schülerinnen und Schüler. Unsere Schülerinnen und Schüler haben mit dem, was sie aus dem Unterricht mitbekamen, in den Tests schlecht abgeschnitten. Also sind, einfach und schnell gedacht, unsere Lehrkräfte auch für den Absturz der Schülerleistungen verantwortlich. Das ist der Schluss, der leider allzu oft und allzu voreilig gezogen wird. Dieser Schluss klingt natürlich auf den ersten Blick zunächst einmal logisch und konsequent.

Aber dieser Schluss ist falsch. Denn zum einen sind es nicht die Lehrerinnen und Lehrer allein, die für die Bildung der Kinder verantwortlich sind. Der Blick muss auch über die Schule hinausgehen. Er muss auf alle gerichtet werden, die am Bildungsprozess beteiligt sind: Was Lehrerinnen und Lehrer den Schülerinnen und Schülern beibringen können, hängt auch davon ab, mit welcher Haltung die Kinder in die Schule kommen. Wie sie gefördert werden, das liegt auch in der Verantwortung des Elternhauses und des gesellschaftlichen Umfelds. Dort wird ebenfalls beeinflusst, wie die Schule und wie die Lehrer wertgeschätzt werden.

Dass Schule und insbesondere Lehrerinnen und Lehrer nicht immer so respektiert werden, wie es sein sollte, das hat unsere Studie zur Gewalt gegen Lehrkräfte deutlich gezeigt. Darin haben 66 % der Lehrerinnen und Lehrer angegeben, dass an ihrer Schule Fälle von psychischer oder physischer Gewalt von Eltern und/oder Schülern gegen Lehrkräfte vorgekommen sind. Ich denke, dass diese Zahl für sich spricht.

Zum anderen, und das ist mir auch noch wichtiger als der erste Punkt, waren die Lehrerinnen und Lehrer 2009, bis auf ein paar Pensionierungen und Neueintritte, noch dieselben wie heute. Und unsere Lehrkräfte arbeiten doch im Jahr 2015 nicht absichtlich schlechter als im Jahr 2009...

Das Problem bei der öffentlich betriebenen Ursachensuche war und ist, dass die IQB-Studie von ihrem Design her nicht die Ursachen benennen kann, warum Baden-Württemberg so tief gefallen ist. Dennoch haben Sie ein "Warum" geliefert, Frau Prof. Stanat und ich zitiere hier



aus der Berliner Zeitung: "Die Ergebnisse legten nahe, dass es nicht entscheidend darauf ankomme, wie viele Schüler zum Gymnasium gingen und wie stark das Schulsystem

gegliedert sei oder nicht. Wichtig sei, dass die Länder ihr Augenmerk darauf richteten, den Unterricht zu verbessern." Das ist eine sehr interessante Aussage – und ich kann Ihnen da durchaus zustimmen.

Es kommt also darauf an, den Unterricht zu verbessern. Der Unterricht wurde in Ihrer Studie aber gar nicht untersucht – konnte auch nicht untersucht werden, da das zu aufwändig wäre. Um den Unterricht untersuchen zu können, hätte man eine begleitende Studie durchführen müssen, bei der man auch im Unterricht dabei ist, den Unterricht selbst untersucht, wie beispielsweise in der WissGem-Studie der Universität Tübingen. Ob sich der Unterricht verbessert oder verschlechtert hat, können wir, ausgehend von der IQB-Studie, also gar nicht sagen.

Woran können wir denn dann festmachen, wie es um die Qualität des Unterrichts bestellt ist? Interessant in diesem Zusammenhang ist die Aussage einer Arbeitsgemeinschaft von Professoren der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Diese hat sich mit den Ergebnissen der IQB-Studie beschäftigt. Viele der fälschlich in die Diskussion eingeworfenen Ursachen, die als Gründe für die Verschlechterung genannt wurden, konnten die Forscher dabei entkräften.

Ebenso haben sich die Forscher aber auch mit möglichen Gründen beschäftigt, die zu unserem tiefen Fall als Bundesland geführt haben könnten. Ein Satz ist mir bei der Lektüre des Papiers der Forschungsgruppe besonders ins Auge gestochen. In dem Papier der Arbeitsgruppe heißt es: "Möglicherweise bedingen aber die benannten Sachverhalte – man bezieht sich hier auf die Veränderungen im baden-württembergischen Bildungssystem – eine in das System hineinwirkende Unruhe." Das ist interessant. Das ist mehr eine psychologische Annahme als empirisch belegte Forschung, aber hochinteressant.

Denn hierzu passt ein zweiter Punkt, der sich in der Studie finden lässt. Neben Bayern steht das Bundesland Sachsen ganz oben in der IQB-Studie. Und Sachsen ist nachweislich das Bundesland, das seit seiner Gründung die wenigsten Schulreformen aufweist. Das ist ebenfalls interessant – denn daraus ließe sich ja schließen, dass eine gewisse Kontinuität in der Bildungspolitik durchaus sinnvoll ist. Und so könnte eine gewisse Kontinuität in der



Bildungspolitik sicherlich für mehr "Ruhe" sorgen. Diese Ruhe würde es dann auch unseren Lehrkräften ermöglichen, ihren Fokus von dem, was im Schulsystem um sie herum oder mit ihnen passiert, auf das zu lenken, was sie können, gerne tun und auch tun wollen: Unterrichten.

Was außerdem für Unruhe bei den Lehrkräften in unserem Land sorgt, ist der Versuch der output-orientierten Steuerung, also das häufige Testen von Schülerleistungen. Aus diesen Ergebnissen dann Rückschlüsse auf die Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer ziehen zu wollen, ist nicht sinnvoll. Aus Outputs Rückschlüsse auf den davorliegenden Prozess zu ziehen, mag in der Wirtschaft sinnvoll sein. Der Bildungsprozess ist allerdings zu komplex und wird von Tests nicht adäquat abgebildet. So kann man aus dem Output im schulischen Bereich nicht darauf schließen, was im Prozess falsch gelaufen ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den zuvor genannten psychologischen Aspekt mit ein wenig Empirie unterfüttern. Die Heidelberger Forschergruppe verweist in ihrer Stellungnahme ebenfalls auf eine von uns, vom VBE beauftragte forsa-Umfrage. Wir haben in dieser Umfrage die Lehrerinnen und Lehrer im Februar 2016 befragt, wie zufrieden sie denn mit der Bildungspolitik im eigenen Bundesland sind. Deutlich wurde dabei, dass die Lehrkräfte in Baden-Württemberg in der Bildungspolitik durchschnittlich deutlich unzufriedener sind als ihre Kollegen in Bayern oder in Sachsen (die durchschnittliche Bewertung in Schulnoten ist 4,0). Wir haben in Baden-Württemberg auch die höchste Quote an Bewertungen mit "ungenügend' aller Bundesländer. Und was eine "ungenügend' bedeutet, das wissen wir im Raum alle.

Somit haben wir auch die Verbindung zwischen Psychologie – der "Unruhe" – und Empirie – einer tatsächlichen, markanten Unzufriedenheit der Lehrkräfte – gezogen. Dass Politik Lehrkräfte belastet, hat übrigens bereits eine andere Umfrage des VBE in Zusammenarbeit mit forsa gezeigt. 85 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer – lassen sie sich diese Zahl auf der Zunge zergehen – 85 Prozent haben angegeben, dass sie es als belastend empfinden, dass Politiker bei ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht ausreichend berücksichtigen.

Aus dieser Argumentation heraus möchte ich zu folgendem Schluss kommen: Der VBE ist der Meinung, dass in der Bildungspolitik vor allem eines gefragt ist: Ruhe und Kontinuität. Lassen wir unsere Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, lassen wir sie ihren Kernaufgaben



nachgehen und belasten wir sie nicht durch weitere Reformen, zu häufiges Testen von Schülerleistungen und außerunterrichtliche Aufgaben. Die dadurch hervorgerufene Unruhe im Bildungssystem lenkt den Fokus der Lehrkräfte von dem, was zählt – dem Unterricht – auf Nebenkriegsschauplätze.

Legen wir in der Bildungspolitik lieber den Fokus darauf, wie wir unsere Lehrerinnen und Lehrer beim Unterrichten bestmöglich unterstützen können. Vertrauen wir unseren Lehrkräften, unseren Experten im Bereich Unterricht. Unterstützen wir sie bei Ihrer Tätigkeit nach Kräften und lassen wir sie in Ruhe arbeiten. Ich bin sicher, dass die Ergebnisse der nächsten Studie dann schon ganz anders aussehen werden.

Vielen Dank!